

Universitätsstadt Tübingen

Fachbereich Bildung, Betreuung, Jugend und Sport
Chemnitz, Holger Telefon: 07071-204-1350
Gesch. Z.: /

Vorlage

271/2022

Datum

18.10.2022

Beschlussvorlage

zur Vorberatung im **Ausschuss für Kultur, Bildung und Soziales**
zur Behandlung im **Gemeinderat**

Betreff:	Neufassung der Richtlinie der Universitätsstadt Tübingen für die Gewährung von Zuschüssen für Investitionsmaßnahmen und die Beschaffung von Betriebsausstattungen bei freien Trägern von Kindertageseinrichtungen
Bezug:	68/2019
Anlagen:	Anlage 1 zu Vorlage 271-2022

Beschlussantrag:

Die Richtlinie der Universitätsstadt Tübingen für die Gewährung von Zuschüssen für Investitionsmaßnahmen und die Beschaffung von Betriebsausstattungen bei freien Trägern von Kindertageseinrichtungen in Anlage 1 wird beschlossen und tritt am 01.01.2023 in Kraft.

Finanzielle Auswirkungen

Keine direkten finanziellen Auswirkungen.
Durch den Wegfall der Wertgrenzen könnte es im Einzelfall zu einem höheren Zuschussbetrag kommen.

Begründung:

1. Anlass / Problemstellung

Die „Richtlinie der Universitätsstadt Tübingen für die Gewährung von Zuschüssen für Investitionsmaßnahmen und die Beschaffung von Betriebsausstattungen bei freigemeinnützigen Trägern von Kindertageseinrichtungen“ sowie die „Alternative Richtlinie der Universitätsstadt Tübingen für die Gewährung von Zuschüssen für Investitionsmaßnahmen und die Beschaffung von Betriebsausstattungen für kleine freigemeinnützige Träger von Kindertageseinrichtungen“ sind beide zum 01.01.2012 in Kraft getreten und regeln seither die Investitionszuschüsse für die freien Träger in Tübingen.

Seit 2012 hat sich die Situation der Kindertagesbetreuung in Tübingen weiterentwickelt. Mittlerweile steht nicht mehr der Platzausbau, sondern vielmehr der Erhalt und die qualitative Weiterentwicklung von Kindertageseinrichtungen und Betreuungsplätzen im Fokus. Bisher geregelte Wertgrenzen sind längst überholt und gerade in Zeiten hoher Inflation nicht länger sinnvoll.

Mit der Erfahrung aus den vergangenen zehn Jahren haben die Verwaltung, zusammen mit Vertreterinnen und Vertretern der freien Träger, die Regelungen zur Investitionsförderung grundlegend überarbeitet und legen mit dieser Vorlage einen Vorschlag für eine Neufassung der Investitionsförderrichtlinie vor.

2. Sachstand

2.1. Grundsätzliches

Die Verwaltung verfolgt mit der Neufassung der Förderrichtlinie zwei Ziele. Zum einen soll eine Verwaltungsvereinfachung erreicht werden. Zum anderen sollen unnötige und nicht (mehr) nachvollziehbare Wertgrenzen und Förderbedingungen gestrichen werden.

Bisher bestanden zwei Förderrichtlinien. Die Richtlinie für die Gewährung von Zuschüssen für Investitionsmaßnahmen und die Beschaffung von Betriebsausstattungen bei freigemeinnützigen Trägern von Kindertageseinrichtungen richtete sich an alle freie Träger und sah einen einheitlichen Zuschusssatz von 50 % für (Neu-) Bau- und Ausstattungsinvestitionen vor. Die Alternative Richtlinie richtete sich ausschließlich an kleine freie Träger und regelte für diese einen Zuschuss in Höhe von 100 % für Investitionen im Außenbereich und für Ausstattung, nicht jedoch für bauliche Maßnahmen oder Küchen zur Essensversorgung.

Diese Trennung in zwei Zuschussrichtlinien ist nicht mehr notwendig. Der Neubau von Kindertageseinrichtungen wird nicht mehr Teil der Förderrichtlinie sein. Bei Neubauvorhaben handelt es sich um komplexe Vorgänge, die sich mit einer pauschalierenden Regelung in einer Richtlinie wie dieser nur schwer abbilden lassen. Vielmehr sind derartige Vorhaben jeweils individuell zwischen Träger, Verwaltung und schlussendlich Gemeinderat zu verhandeln.

Darüber hinaus besteht keine Notwendigkeit, für die Regelung unterschiedlicher Zuschusshöhen für die verschiedenen Trägergruppen zwei separate Richtlinien zu verabschieden. Die Verwaltung hat die Rahmenregelungen zu zuwendungsfähigen Maßnahmen, anrechnungsfähigen Kosten und Verfahren in einer Richtlinie zusammengefasst.

Die Richtlinie regelt Zuschüsse für Investitionsmaßnahmen. Diese müssen sauber von Ausgaben für den laufenden Betrieb abgegrenzt werden. Diese Abgrenzung herzustellen war die größte Herausforderung bei der Neugestaltung der Richtlinie. In der Regel verläuft

die Abgrenzung entlang der Höhe der Pauschalen der Betriebskostenförderung. Für die (Ersatz-) Beschaffung von Ausstattungsgegenstände gilt die Wertgrenze von 800 Euro (netto) zur Abgrenzung.

Der Titel der Richtlinie zur „Investitionsförderung“ liegt nahe, dass die geförderten Maßnahmen immer Investitionen in der Definition des kommunalen Haushaltsrechtes sein müssen. Dies ist aber tatsächlich nicht der Fall, da auch größere Instandsetzungen bspw. von der Richtlinie umfasst sind. Die Verwaltung beachtet die Trennung in konsumtive Ausgaben und Investitionen im Sinne des Haushaltsrechts bei der Haushaltsplanung und im Vollzug der Zuschüsse.

2.2. Zuschüsse für bauliche Investitionsmaßnahmen

Zukünftig sollen für alle Träger gleichermaßen bauliche Instandsetzungsmaßnahmen ohne Wertgrenze förderfähig sein. Die bisherige Wertgrenze von 14 Euro pro Quadratmeter Nettogrundfläche entfällt. Die Maßnahmen müssen angemessen und wirtschaftlich sein und dem baulichen Standard der Stadt entsprechen. Weiterhin wird erwartet, dass der Gebäudeunterhalt im vergangenen Nutzungszeitraum im Rahmen der gebotenen Sorgfaltspflicht und im erforderlichen Ausmaß erfolgte und weiterhin erfolgen wird.

Notwendige Umzüge sollen zukünftig ebenfalls förderfähig sein. Hier hatte die bisherige Richtlinie eine Regelungslücke.

2.3. Zuschüsse für Investitionsmaßnahmen im Außenbereich

Auch im Außenbereich sollen Maßnahmen für Umgestaltung und grundlegende Erneuerung von Außenspielgeländen und die (Ersatz-) Beschaffung von Außenspielgeräten weiterhin förderfähig sein. Die Wertgrenze von bisher 10.000 Euro pro Gruppe entfällt. Aufgrund der sehr unterschiedlichen Außengelände der Einrichtungen lässt sich eine Wertgrenze nicht sinnvoll festlegen. Maßstab für den Zuschuss ist auch hier die Angemessenheit und Wirtschaftlichkeit. Auch hier wird vorausgesetzt, dass die Unterhaltung des Außenbereichs im vergangenen Nutzungszeitraum im Rahmen der gebotenen Sorgfaltspflicht und im erforderlichen Ausmaß erfolgte und auch zukünftig erfolgen wird.

Für Investitionen im Außenspielbereich sollen zukünftig auch Planungskosten förderfähig sein. Hier hatte die bisherige Richtlinie ebenfalls eine Regelungslücke.

2.4. Zuschuss für Ausstattungsinvestitionen

Bezüglich der Ausstattungsinvestitionen wurden die unterschiedlichen zuwendungsfähigen Maßnahmen gegeneinander abgegrenzt und neu beschrieben. Die (Ersatz-) Beschaffung von einzelnen Ausstattungsgegenständen wurde transparent geregelt.

2.5. Zuschussverfahren

Entsprechend der bisher gültigen Richtlinien mussten Zuschussanträge bis 30.06. des Vorjahres eingereicht werden, bei Maßnahmen unter 10.000 Euro bis 30.09. des Vorjahres.

Die Praxis zeigt, dass die Fristen für Träger nicht umsetzbar sind – insbesondere für kleinere Maßnahmen oder dringende Ersatzbeschaffungen. Für kleinere Maßnahmen sind diese Fristen auch gar nicht notwendig, da die Stadt im Finanzhaushalt einen Topf in Höhe von 50.000 Euro pro Jahr hat, um Maßnahmen umzusetzen. Die Freigabe dafür richtet sich nach der Genehmigung des Haushalts.

Größere Maßnahmen, die nicht aus diesem Topf finanziert und separat im Haushalt angemeldet werden, müssen entsprechend rechtzeitig zur Haushaltsplanung beantragt werden. Dafür lässt sich aber auch kein sinnvoller Stichtag festsetzen, weshalb die Verwaltung darauf verzichtet hat.

2.6. Zuschusshöhe

Sogenannte große freie Träger erhalten weiterhin einen Zuschuss in Höhe von 50 % der anrechnungsfähigen Kosten. Dieser Zuschusssatz wird im Einvernehmen zwischen Stadt und Trägern festgesetzt.

Die bisher so genannten kleinen freien Träger sollen einen Zuschuss in Höhe von 90 % für alle förderfähigen Maßnahmen erhalten. Auf der einen Seite entfallen Fördertatbestände sowie Wertgrenzen, die in einzelnen Fällen bisher kleinen Trägern Eigenanteile abverlangt haben. Auf der anderen Seite müssen die kleinen Träger bereits formal 5 % Eigenanteil im laufenden Betrieb erwirtschaften. Es steht zu erwarten, dass dies in Zeiten steigender Preise, insbesondere für Energie, aber auch Reinigung, den Handlungsspielraum der Träger für eine Rücklagenbildung weiter einschränkt. Daher wird der maximale Eigenanteil pro Investitionsmaßnahme auf 1.000 Euro beschränkt.

Der Dachverband der kleinen Träger vertritt jedoch bezüglich des Eigenanteils (10%, max. 1.000 Euro) weiterhin die Auffassung, dass dieser für kleine freie Träger in der aktuellen Situation nicht leistbar sei.

3. **Vorschlag der Verwaltung**

Die Verwaltung schlägt vor, die Förderrichtlinie in Anlage 1 zu beschließen.

Mit Ausnahme des strittigen Eigenanteils zu den Investitionen erfolgte die Erarbeitung der Richtlinie in bestem Einvernehmen mit den freien Trägern, vertreten durch die Delegierten in der gemeinsamen Arbeitsgruppe.

Die Verwaltung sieht die selbstgesteckten Ziele mit der Neufassung der Richtlinie erfüllt. Das Zuschussverfahren wurde verschlankt, auf Fristen verzichtet. Die seither immer wieder beschränkenden Wertgrenzen entfallen ersatzlos. Damit ist diese Förderrichtlinie in ihren grundlegenden Regelungen zukunftsfähig.

4. **Lösungsvarianten**

Für die Träger der Kategorie A (bisher kleine freie Träger) wird ein Zuschusssatz von 100 % festgesetzt.

Diese Variante entspricht dem Wunsch der kleinen freien Träger. Aus Sicht der Verwaltung ist ein Eigenanteil von bis zu 1.000 Euro angemessen und leistbar.

5. **Klimarelevanz**

Keine direkte Klimarelevanz.

Durch den Bezug zu den baulichen Standards der Stadt ist sichergestellt, dass die freien Träger ebenfalls klimagerechte Maßnahmen umsetzen können.